

Geschichte und Rechtsprechung der bremischen Arbeitsgerichtsbarkeit

Von
Hans Trinkhaus



Duncker & Humblot · Berlin

HANS TRINKHAUS

Geschichte und Rechtsprechung der bremischen Arbeitsgerichtsbarkeit

Geschichte und Rechtsprechung der bremischen Arbeitsgerichtsbarkeit

Von

Dr. jur. Hans Trinkhaus

Präsident des Landesarbeitsgerichts

unter Mitwirkung von

Heinz Menkens

Landesarbeitsgerichtsdirektor



D U N C K E R & H U M B L O T / B E R L I N

Alle Rechte vorbehalten
© 1967 Duncker & Humblot, Berlin 41
Gedruckt 1967 bei Alb. Sayfaerth, Berlin 61
Printed in Germany

HANS GALPERIN

gewidmet

Geleitwort

Am 31. Dezember 1965 ist der längjährige Präsident des Landesarbeitsgerichts Bremen, Prof. Dr. *Hans Galperin*, in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Damit ist ein sehr bedeutsamer Abschnitt bremischer Arbeitsrechtsprechung zu Ende gegangen, in dem die Gerichte für Arbeits-sachen nach dem völligen Zusammenbruch von 1945 außerordentlich wechselnden, gegensätzlichen Verhältnissen von der Massenarbeitslosigkeit in der tiefsten Not des deutschen Volkes bis zur Vollbeschäftigung in der Wohlstandsgesellschaft und schließlich bis zur gegenwärtigen Konjunkturlage Rechnung zu tragen hatten. In dieser bewegten Zeit hat die bremische Arbeitsgerichtsbarkeit zur Fortbildung des in rascher Entwicklung begriffenen Arbeitsrechts, zu seiner Anpassung an die jeweiligen Gegebenheiten des Arbeitslebens und damit zur Sicherung des sozialen Friedens im Lande Bremen wesentlich beigetragen. Vor allem war so manche Entscheidung des Landesarbeitsgerichts, dem ich über ein Jahrzehnt als Landesarbeitsrichter angehören durfte, über den entschiedenen Einzelfall hinaus Richtschnur für alle übrigen Arbeitsverhältnisse der gleichen Gruppe. Möge dies auch in Zukunft so bleiben, möge die bremische Arbeitsgerichtsbarkeit ihrer richterlichen Ordnungsaufgabe wie bisher gerecht werden!

Wenn aus dem gegebenen Anlaß zwei bremische Richter es unternommen haben, die geschichtliche Entwicklung der bremischen Arbeitsgerichtsbarkeit von ihren Vorläufern bis zur Gegenwart im Zusammenhang darzustellen und zugleich die noch heute bedeutsame Rechtsprechung der bremischen Gerichte für Arbeitssachen in Leitsätzen mit Hinweisen zusammenzustellen, so begrüße ich das ganz besonders. Möge das verdienstliche Werk das Verständnis der besonderen Aufgaben der von Anfang an eigenständigen, für den speziellen Lebensbereich der Arbeit geschaffenen Gerichtsbarkeit fördern, möge die bremische Arbeitsrechtsammlung Arbeitnehmern und Arbeitgebern sowie ihren Verbänden und Kammern, Prozeßbevollmächtigten, Berufsrichtern und ehrenamtlichen Richtern der bremischen Arbeitsgerichtsbarkeit die Erfüllung ihrer schwierigen Aufgaben erleichtern.

Bremen, im Juni 1967

Karl Weßling
Senator für Arbeit
der Freien Hansestadt Bremen

Vorwort

Mit der aus dem besonderen Anlaß entstandenen Arbeit werden mehrere Ziele verfolgt: Mit dem geschichtlichen Rückblick soll das Verständnis für die eigenständige Entwicklung und für den besonderen Auftrag der Gerichte für Arbeitssachen geweckt und vertieft werden. In diesem Rahmen wird des Wirkens bedeutender Richterpersönlichkeiten der bremischen Arbeitsgerichtsbarkeit auch innerhalb der Arbeitsgerichtsverbände und für die wissenschaftliche Entwicklung des Arbeitsrechts besonders gedacht. Mit der Bremischen Arbeitsrechtssammlung (BremARS) soll der Praxis in den Betrieben, Verbänden und Kammern sowie — nicht zuletzt — den Prozeßbevollmächtigten, den Berufs- und ehrenamtlichen Richtern der bremischen Arbeitsgerichtsbarkeit ein bescheidenes Nachschlagewerk an die Hand gegeben werden. Soweit in den den Entscheidungen beigegebenen Hinweisen eine Rechtsauffassung zum Ausdruck kommt, stellt sie die persönliche Ansicht des Bearbeiters dar. Im übrigen wird auf die Vorbemerkungen III. zur BremARS verwiesen.

Landesarbeitsgerichtsdirektor *Menkens* hat die ersten acht Kapitel des Ersten Teils vorbereitet. Archivrat Dr. *Schwarz* und Archivoberamtmann *Peters*, Staatsarchiv Bremen, haben die ersten drei Kapitel des Ersten Teils kritisch durchgesehen und gefördert. Arbeitsgerichtsassessor Dr. *Großmann* hat die Vorbemerkungen II. zur BremARS entworfen. Der Senator für das Bildungswesen der Freien Hansestadt Bremen und die Staatliche Kreditanstalt Oldenburg-Bremen haben die Drucklegung durch namhafte Zuschüsse ermöglicht. Ihnen allen gilt ebenso wie unseren fleißigen Helfern in der bremischen Arbeitsgerichtsbarkeit auch an dieser Stelle unser besonderer Dank.

Bremen, im Juni 1967

Hans Trinkhaus

Heinz Menkens

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil

Die geschichtliche Entwicklung der bremischen Arbeitsgerichtsbarkeit 27

Einleitung

1. Das Arbeitsrecht als altes Recht 27
2. Die Arbeitsgerichtsbarkeit als besondere Gerichtsbarkeit 29

Erstes Kapitel

Die Zunftgerichtsbarkeit in Bremen 33

- I. Zur Geschichte des bremischen Zunftwesens 33
 1. Die Stellung der Zünfte in der Stadt 33
 2. Die Verfassung der Zünfte 35
 3. Das Verbot der Zünfte während der Franzosenzeit 35
 4. Die Wiederherstellung der Rechte der Zünfte nach dem Abzug der Franzosen 36
 5. Die endgültige Abschaffung der Privilegien der Zünfte im Jahre 1861 37
- II. Die Gerichte der Ämter und Sozietäten 39
 1. Erste Anfänge einer Zunftgerichtsbarkeit 39
 2. Organe der Zunftgerichtsbarkeit 39
 3. Gerichtslokale 41
 4. Einwirkung der „Neuen Eintracht“ von 1534 41
 5. Entscheidungsgrundlagen der Morgensprachengerichte 42
 6. Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Zunftgerichte 45
 7. Einschränkung der Zunftgerichtsbarkeit durch die Gerichtsordnung von 1751 45
 8. Beschränkung der Zunftgerichtsbarkeit durch die Gerichtsordnungen von 1814 und 1820 46

Zweites Kapitel

**Der Einfluß der französischen Gerichtsverfassung auf die
Entwicklung der bremischen Arbeitsgerichtsbarkeit** 48

I. Politische Umwälzungen in den Jahren 1806—1810	48
II. Auflösung der Zünfte und Einführung der Gewerbefreiheit	48
III. Organisation und Aufgaben der französischen Fabrikengerichte	49
IV. Einfluß der Fabrikengerichte auf die spätere Entwicklung	51

Drittes Kapitel

**Die bremischen Gewerbe- und Handelsgerichte bis zum
Inkrafttreten des Reichsgewerbegerichtsgesetzes von 1890** 52

I. Erste Bestrebungen nach einer unabhängigen Rechtspflege	52
II. Pläne für ein Gewerbe- und ein Handelsgericht	52
III. Errichtung des Handelsgerichts Bremen im Jahre 1845	54
IV. Gewerbegerichte in Bremen in der Zeit von 1849 bis zum Inkraft- treten des Gewerbegerichtsgesetzes von 1890	55
1. Errichtung eines zentralen Gewerbegerichts im Jahre 1849	55
2. Auflösung des Gewerbegerichts im Jahre 1863	55
3. Neuschaffung eines Gewerbegerichts im Jahre 1878	56
a) Errichtung	56
b) Zuständigkeit	57
c) Besetzung	57
d) Verfahren	57
e) Besonderheiten	58
f) Geschäftsgang	59
g) Bedeutung	60

Viertes Kapitel

Die Durchführung des Reichsgewerbegerichtsgesetzes von 1890 61

I. Neuregelung der Gewerbegerichtsbarkeit	61
1. Vorgeschichte des Gewerbegerichtsgesetzes	61
2. Inhalt des Gewerbegerichtsgesetzes	63
II. Durchführung des Gewerbegerichtsgesetzes in Bremen	65
1. Allgemeines	65
2. Besonderheiten des Verfahrens	66
a) Beschleunigungsgrundsatz	66
b) Problematische Kostenvorschüsse	66

3. Vorsitzende des Gewerbegerichts Bremen	68
4. Geschäftsgang beim Gewerbegericht Bremen	69
III. Weitere Gewerbegerichte	70
1. Allgemeines	70
2. Einzelheiten	71
a) Gewerbegerichte Vegesack	71
b) Gewerbegerichte Bremerhaven	72
c) Gewerbegerichte Geestemünde und Lehe	73
d) Geschäftsgang bei den Gewerbegerichten Bremerhaven, Geestemünde, Lehe und Wesermünde	73
IV. Außergerichtliches Wirken des Gewerbegerichts Bremen	76
1. Schlichtungsaufgaben (Einigungsamt)	76
a) Allgemeines	76
b) Einigungsamt Bremen	78
2. Begutachtende Tätigkeit	79
3. Berichtende und vorschlagende Tätigkeit	80
a) Antrag auf Errichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweises in Bremen	80
b) Antrag auf Errichtung eines Reichseinigungsamtes	83

Fünftes Kapitel

Die Durchführung des Kaufmannsgerichtsgesetzes von 1904 85

I. Neuregelung der Kaufmannsgerichtsbarkeit	85
1. Vorgeschichte des Kaufmannsgerichtsgesetzes	85
2. Inhalt des Kaufmannsgerichtsgesetzes	85
II. Durchführung des Kaufmannsgerichtsgesetzes in Bremen	86
1. Kaufmannsgericht Bremen	86
2. Kaufmannsgerichte Bremerhaven, Geestemünde und Lehe	87
3. Geschäftsanfall der Kaufmannsgerichte im Vergleich zu den Gewerbegerichten	88

Sechstes Kapitel

Das Arbeitsgerichtsgesetz von 1926 und der Rechtszustand bis 1945 90

I. Neuregelung der Arbeitsgerichtsbarkeit	90
1. Vorgeschichte des Arbeitsgerichtsgesetzes von 1926	90
2. Neuerungen des Arbeitsgerichtsgesetzes von 1926	92
a) Zuständigkeit der Arbeitsgerichtsbehörden	92
b) Aufbau der Arbeitsgerichtsbehörden	93
II. Durchführung des Arbeitsgerichtsgesetzes von 1926 in Bremen	94

1. Gerichte und Gerichtsbezirke	94
a) Gemeinschaftsvertrag mit Preußen	94
b) Bremische Regelungen	95
c) Arbeitnehmer der Deutschen Reichsbahn	96
2. Gerichtsverfassungsmäßige Regelung	96
3. Vorsitzende der bremischen Arbeitsgerichtsbehörden	97
a) Arbeitsgericht Bremen	97
b) Landesarbeitsgericht Bremen	97
c) Arbeitsgerichte Blumenthal und Wesermünde	98
III. Eingriffe des nationalsozialistischen Regimes in die Arbeitsgerichtsbarkeit	98
IV. Geschäftsgang bei dem Arbeitsgericht und dem Landesarbeitsgericht Bremen	99
1. Arbeitsgericht Bremen	99
2. Landesarbeitsgericht Bremen	100

Siebentes Kapitel

Die bremische Arbeitsgerichtsbarkeit von 1945 bis zur Gegenwart 102

I. Rechtszustand im Jahre 1945	102
1. Vorübergehende Aufhebung der besonderen Arbeitsgerichtsbarkeit	102
2. Erste Maßnahmen zur Wiedererrichtung der Arbeitsgerichte	102
II. Durchführung des Kontrollratsgesetzes Nr 21	103
1. Grundgedanken des Gesetzes	103
2. Errichtung der Arbeitsgerichte Bremen und Wesermünde sowie des Landesarbeitsgerichts Bremen	105
3. Vorsitzende und Beisitzer	106
a) Befähigung und Rechtsstellung der Vorsitzenden	106
b) Erste Vorsitzende	107
c) Erste Beisitzer	107
4. Entwicklung bis zum Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes von 1953	108
a) Geschäftsgang in den Jahren 1946 und 1947	108
b) Arbeitsgerichtsbarkeit und Landesarbeitsamt	109
c) Weiterer Ausbau ab 1948	110
III. Neuregelung der Arbeitsgerichtsbarkeit	111
1. Vorgeschichte des Arbeitsgerichtsgesetzes von 1953	111
2. Besonderheiten des Arbeitsgerichtsgesetzes von 1953	111
a) Rechtseinheit und Verfahren	111
b) Befähigung und Rechtsstellung der Vorsitzenden	111
c) Zulassung der Rechtsanwälte	113
d) Ressortierung der Gerichte für Arbeitssachen	113

IV. Durchführung des Arbeitsgerichtsgesetzes von 1953 in Bremen	115
1. Bremische Regelung	115
2. Vorsitzende der bremischen Arbeitsgerichtsbarkeit	116
3. Geschäftsgang der bremischen Arbeitsgerichtsbarkeit	117
a) Arbeitsgericht Bremen	117
b) Arbeitsgericht Bremerhaven	118
c) Landesarbeitsgericht Bremen	118
d) Ergänzende Hinweise	119

Achtes Kapitel

Die ehrenamtlichen Richter, insbesondere in der bremischen Arbeitsgerichtsbarkeit

	122
I. Bedeutung	122
II. Rechtsstellung	124
III. Wahl und Berufung	125
1. Wahl	125
2. Berufung	126
IV. Vereidigung	127
V. Heranziehung zu den Sitzungen	128
1. In der Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbarkeit	128
2. In der Arbeitsgerichtsbarkeit	129
VI. Entschädigung	131
1. In der Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbarkeit	131
2. In der Arbeitsgerichtsbarkeit	132
a) Bis 1945	132
b) Seit 1946	132

Neuntes Kapitel

Die Arbeitsgerichtsverbände und Bremen

	135
I. Die Arbeitsgerichtsverbände im allgemeinen	135
1. Der Gewerbegerichtsverband	135
2. Der Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsverband	136
3. Der Arbeitsgerichtsverband	136
a) Der alte Verband	136
b) Der neue Verband	137
II. Das Wirken bremischer Arbeitsrichter in den Arbeitsgerichtsver- bänden	138
1. Allgemeines	138

2. A. Blendermann und H. Grote	138
3. Otto Steengrafe	139
4. Henri Schmincke	139
5. Hans Galperin	140
III. Die Verbandsversammlungen in Bremen	142
1. Allgemeines	142
2. Die Verbandsversammlung von 1924	143
3. Die Landestagung von 1930	144
4. Die Landestagung von 1958	146
5. Die Verbandsversammlung von 1963	146

Zehntes Kapitel

Die Beiträge bremischer Arbeitsrichter zur Entwicklung des Arbeitsrechts	150
I. Allgemeines	150
II. Henri Schmincke	151
1. Der Kommentar zum ArbGG	151
2. Die Abhandlungen	151
a) Arbeitsrechtliche Abhandlungen	152
b) Verfahrensrechtliche Abhandlungen	153
III. Hans Galperin	153
1. Der Kommentar zum BetrVG	153
2. Die Abhandlungen	154
a) Rechtsquellen des Arbeitsrechts	154
b) Arbeitsverhältnisrecht	154
c) Arbeitsschutzrecht	155
d) Betriebsverfassungsrecht	155
e) Tarif-, Koalitions- und Arbeitskampfrecht	156
f) Arbeitsgerichtsbarkeit	156
IV. Andere Richter	156

Zweiter Teil

Die Rechtsprechung der bremischen Arbeitsgerichtsbarkeit	159
Vorbemerkungen	159
I. Die Rechtsprechung von 1898 bis 1945	159
1. Allgemeines	159
2. Gegenstände der Rechtsprechung	160

a) Grundbegriffe des Arbeitsrechts	160
b) Arbeits- und Treuepflicht des Arbeitnehmers	161
c) Vergütungspflicht des Arbeitgebers	161
d) Fürsorgepflicht des Arbeitgebers	161
e) Beendigung des Arbeits- und Lehrverhältnisses	162
f) Kollektives Arbeitsrecht	162
II. Die Rechtsprechung von 1946 bis 1965	163
1. Allgemeines	163
2. Gegenstände der Rechtsprechung	165
a) Rechtsquellen und Grundbegriffe des Arbeitsrechts	165
b) Arbeits- und Treuepflicht des Arbeitnehmers	168
c) Vergütungspflicht des Arbeitgebers	169
d) Fürsorgepflicht des Arbeitgebers	171
e) Beendigung des Arbeitsverhältnisses	172
f) Kollektives Arbeitsrecht	174
III. Zur bremischen Arbeitsrechtssammlung selbst	175
Bremische Arbeitsrechtssammlung (BremARS) Nr 1—600	177
 Anhang	411
1. Gesetz über die Arbeitsgerichtsbarkeit vom 18. Dezember 1953	411
2. Verordnung über die Geschäftsstellen der Arbeitsgerichtsbarkeit vom 1. Dezember 1953 idF der VO vom 24. Juni 1958	411
3. Anordnung über die Bildung von Beratungsausschüssen für die Er- nennung von Vorsitzenden der Arbeitsgerichte und von Berufsrichtern der Sozialgerichte im Lande Bremen vom 13. Oktober 1953	412
4. Anordnung über die Amtstracht in der Arbeitsgerichtsbarkeit und Sozialgerichtsbarkeit vom 1. Mai 1954	414
5. Anschriften der obersten Arbeitsbehörde des Landes Bremen und der bremischen Gerichte für Arbeitssachen	415
 Verzeichnis der berücksichtigten Entscheidungen	416
 Schrifttumsverzeichnis	429
 Stichwortverzeichnis zur Arbeitsrechtssammlung	436

Abkürzungsverzeichnis

aaO	= am angegebenen Ort
ABl	= Arbeitsblatt für die britische Zone
ablehn	= ablehnend
Abs	= Absatz
Abschn	= Abschnitt
ADO	= Allgemeine Dienstordnung
aF	= alte Fassung
AfP	= Archiv für Presserecht
AG	= Amtsgericht, auch Aktiengesellschaft
AktG	= Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien (Aktiengesetz) vom 30. 1. 1937 (RGBl I S 107), aufgehoben durch § 29 Abs 1 des Einführungsgesetzes zum Aktiengesetz vom 6. 9. 1965 (BGBl I S 1185)
allgem	= allgemein
aM	= anderer Meinung
AngKSchG	= Gesetz über die Fristen für die Kündigung von Angestellten vom 9. 7. 1926 (RGBl I S 399)
Anh	= Anhang
Anm	= Anmerkung
AnwBl	= Anwaltsblatt
AO	= Anordnung
AP	= Arbeitsrechtliche Praxis, Sammlung der Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts, der Landesarbeitsgerichte und Arbeitsgerichte, seit 1954 Nachschlagewerk des BAG (Loseblattausgabe)
ArbG	= Arbeitsgericht, auch „Das Arbeitsgericht“ (Zeitschrift), mit Jahr und Spalte
ArbGeb	= Der Arbeitgeber (Zeitschrift)
ArbGG 1926	= Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. 12. 1926 (RGBl I S 507)
ArbGG 1953	= Arbeitsgerichtsgesetz vom 3. 9. 1953 (BGBl I S 1267)
ArbKrankhG	= Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle vom 26. 6. 1957 (BGBl I S 649) idF vom 12. 7. 1961 (BGBl I S 913)
AR-Blattei	= Arbeitsrechts-Blattei (Loseblattsammlung)

ArbNERfG	= Gesetz über Arbeitnehmererfindungen vom 25. 7. 1957 (BGBl I S 756)
ArbPlatzSchutzG	= Arbeitsplatzschutzgesetz vom 30. 3. 1957 (BGBl I S 293) idF vom 21. 4. 1961 (BGBl I S 457) und vom 22. 3. 1962 (BGBl I S 169)
ArbPlatzwechsel-VO	= Arbeitsplatzwechsel-Verordnung vom 1. 9. 1939 (RGBl I S 1685)
ArbR	= Arbeitsrecht (Zeitschrift)
ArbrEntsch	= Arbeitsrechtliche Entscheidungen, Beilage zum Arbeitsblatt für die britische Zone
ArbRspr	= Die Rechtsprechung in Arbeitssachen, ab Juni 1932: Arbeitsrechtsprechung (Zeitschrift)
ARS	= Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts und der Landesarbeitsgerichte (Arbeitsrechts-Sammlung)
ARSt	= Arbeitsrecht in Stichworten
Art	= Artikel
ATO	= Allgemeine Tarifordnung für Gefolgschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst vom 1. 4. 1938 (RABl VI S 471)
Aufl	= Auflage
AuR	= Arbeit und Recht (Zeitschrift)
ausführl	= ausführlich
AVAVG	= Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. 7. 1927 (RGBl I S 187) (aF) und vom 3. 4. 1957 (BGBl I S 321) (nF) (mehrfach geändert)
AVG	= Angestelltenversicherungsgesetz idF vom 28. 5. 1924 (RGBl I S 563) (aF) und vom 23. 2. 1957 (BGBl I S 88) (mehrfach geändert)
AZO	= Arbeitszeitordnung vom 30. 4. 1938 (RGBl I S 447)
BABl	= Bundesarbeitsblatt
BAG	= Bundesarbeitsgericht
BAnz	= Bundesanzeiger
BAT	= Bundes-Angestelltentarifvertrag vom 23. 2. 1961
BAVAV	= Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
BB	= Der Betriebsberater (Zeitschrift)
Bd	= Band
BefreiG der Mil-Reg	= Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 9. 5. 1947 (BremGBl S 67)
Beil	= Beilage
Berufskrankheiten-VO	= Berufskrankheiten-Verordnung idF vom 28. 4. 1961 (BGBl I S 505)
BeschwReg	= Beschwerde-Register
betr	= betreffend, betreffs

BetrRG	= Betriebsrätegesetz vom 4. 2. 1920 (RGeBl S 147)
BetrVerf	= Die Betriebsverfassung (Zeitschrift)
BetrVG	= Betriebsverfassungsgesetz vom 11. 10. 1952 (BGeBl I S 681)
BGB	= Bürgerliches Gesetzbuch vom 18. 8. 1896 (RGeBl S 195)
BGeBl	= Bundesgesetzblatt
BGH	= Bundesgerichtshof
BGHSt	= Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	= Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BinnSchiffG	= Gesetz betr die privatrechtlichen Verhältnisse in der Binnenschifffahrt vom 15. 6. 1895 (RGeBl S 301) (mehrfach geändert)
biz	= bizonal
biz LohnstopaufhG	= bizonales Lohnstopaufhebungsgesetz
BlfStR	= Blätter für Steuerrecht, Sozialversicherung und Arbeitsrecht (Zeitschrift)
BremARS	= Bremische Arbeitsrechtssammlung
BremAusfG	= Bremisches Ausführungsgesetz
BremAusfVO	= Bremische Ausführungsverordnung
BremBetrG	= Bremisches Betriebsrätegesetz vom 10. 1. 1949 (BremGeBl S 7)
BremGeBl	= Bremisches Gesetzblatt
BremGes	= Bremisches Gesetz
BremGewGG 1877	= Gesetz betr die Einsetzung eines Gewerbegerichts vom 30. 9. 1877 (BremGeBl S 83)
BremJAO	= Bremische Justizausbildungsordnung vom 14. 3. 1967 (BremGeBl S 271)
BremHATG	= Bremisches Hausarbeitstagsgesetz vom 29. 6. 1948 (BremGeBl S 95)
BremLandesverf	= Bremische Landesverfassung vom 21. 10. 1947 (BremGeBl S 251)
BremPersVG	= Bremisches Personalvertretungsgesetz vom 3. 12. 1957 (BremGeBl S 161)
BremRiG	= Bremisches Richterergesetz vom 15. 12. 1964 (BremGeBl I S 187)
BremSchulVerwG	= Schulverwaltungsgesetz für die Freie Hansestadt Bremen vom 31. 1. 1950 (BremGeBl S 21)
BremUrkB	= Bremisches Urkundenbuch, Bd I, herausgegeben von Ehmck und v. Bippen, Bd VI, herausgegeben von Entholt
BremUrlG	= Bremisches Urlaubsgesetz vom 4. 5. 1948 (BremGeBl S 67) idF vom 25. 4. 1949 (BremGeBl S 71)
BremVO	= Bremische Verordnung
BSG	= Bundessozialgericht

BSGE	= Entscheidungen des Bundessozialgerichts
Buchst	= Buchstabe
BUrlG	= Bundesurlaubsgesetz vom 8. 1. 1963 (BGBl I S 2)
BVerfG	= Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	= Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	= Bundesverfassungsgerichtsgesetz vom 12. 3. 1951 (BGBl I S 243) idF vom 21. 7. 1956 (BGBl I S 662) und vom 26. 6. 1959 (BGBl I S 297)
BVerwG	= Bundesverwaltungsgericht
BVFG	= Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge vom 19. 5. 1953 (BGBl I S 201) idF vom 14. 8. 1957 (BGBl I S 1215)
DAG	= Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
DB	= Der Betrieb (Zeitschrift)
dergl	= dergleichen
DGB	= Deutscher Gewerkschaftsbund
DGewArch	= s GewArch (Deutsches Gewerbearchiv)
dh	= das heißt
Diss	= Dissertation
DRiG	= Deutsches Richtergesetz vom 8. 9. 1961 (BGBl I S 1665)
DRiZ	= Deutsche Richterzeitung
DRZ	= Deutsche Rechts-Zeitschrift, ab 1951: Juristenzeitung
DVBl	= Deutsches Verwaltungsblatt
DVO	= Durchführungsverordnung
DVO 1943	= Durchführungsverordnung zur Verordnung über die Behandlung von Erfindungen von Gefolgschaftsmitgliedern vom 20. 3. 1943 (RGBl I S 257)
EGBGB	= Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 18. 8. 1896 (RGBl S 604) (mehrfach geändert)
Entsch	= Entscheidung
etc	= et cetera
EuM	= Entscheidungen und Mitteilungen des Reichsversicherungsamtes
eV	= eingetragener Verein
Evang-Luth	= Evangelisch-Lutherisch
FeiertagslohnzG	= Gesetz zur Regelung der Lohnzahlung an Feiertagen vom 2. 8. 1951 (BGBl I S 479)
FN	= Fußnote
FreizeitAO	= Freizeitverordnung vom 22. 10. 1943 (RABl I S 508 = BGBl III 8050—9)
FürsPflVO	= Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. 2. 1924 (RGBl I S 100) idF vom 20. 8. 1953 (RGBl I S 967)
GerO 1814	= Gerichtsordnung der Stadt Bremen vom 15. 7. 1814

GesamthafenbetriebsG	= Gesetz über die Schaffung eines besonderen Arbeitgebers für Hafentarbeiter (Gesamthafenbetrieb) vom 3. 8. 1950 (BGBl S 352)
GewArch	= Gewerbearchiv für das Deutsche Reich (1902—1935; dann: DGewArch)
GewG	= Gewerbegericht, auch „Das Gewerbegericht“ (Zeitschrift) mit Jahren und Spalte, später GewuKfmG und ArbG
GewGG	= Gewerbegerichtsgesetz vom 29. 7. 1890 (RGBl S 141)
GewO	= Gewerbeordnung idF vom 26. 7. 1900 (RGBl S 871)
GewuKfmG	= Gewerbe- und Kaufmannsgericht, auch „Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ (Zeitschrift) mit Jahren und Spalte, später ArbG
GG	= Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. 5. 1949 (BGBl S 1) (mehrfach geändert)
ggf	= gegebenenfalls
GKG	= Gerichtskostengesetz vom 18. 6. 1878 (RGBl S 141) idF der Bekanntmachung vom 26. 7. 1957 (BGBl I S 941) (vielfach geändert)
GmbH	= Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GS	= Gesetzsammlung für die Kgl Preußischen Staaten (ab 1907: Preußische Gesetzsammlung)
GVG	= Gerichtsverfassungsgesetz vom 27. 1. 1877 (RGBl S 41) (mehrfach geändert)
HaftPflG	= Reichshaftpflichtgesetz vom 7. 6. 1871 (RGBl S 207)
HAG	= Heimarbeitsgesetz vom 14. 3. 1951 (BGBl I S 191)
HandwO	= Gesetz zur Ordnung des Handwerks vom 17. 9. 1953 (BGBl I S 1411)
HansGZ	= Hanseatische Gerichtszeitung
HansGZ ArbR	= Hanseatische Gerichtszeitung, Beiblatt Arbeitsrecht
HansOLG	= Hanseatisches Oberlandesgericht
HATG	= Hausarbeitstagsgesetz
Heimkehrerschutz-VO	= Verordnung zur Abänderung und Ergänzung von Vorschriften auf dem Gebiete des Arbeitsrechts vom 1. 9. 1939 (RGBl I S 1683)
herrsch	= herrschend
HGB	= Handelsgesetzbuch vom 10. 5. 1897 (RGBl S 219) (mehrfach geändert)
HVG	= Gesetz zur Änderung des HGB vom 6. 8. 1953 (BGBl I S 771)
HGO	= Handelsgerichtsordnung der Freien Hansestadt Bremen vom 16. 6. 1845
idF	= in der Fassung
iS	= im Sinne

JAR	= Jahrbuch des Arbeitsrechts, herausgegeben von Hoegner-Schultz-Wehrle
JArbSchG	= Jugendarbeitsschutzgesetz vom 9. 8. 1960 (BGBl I S 665) idF vom 20. 7. 1962 (BGBl I S 449) und vom 15. 1. 1965 (BGBl I S 11)
JZ	= Juristenzeitung
JW	= Juristische Wochenschrift
Kap	= Kapitel
kaufm	= kaufmännisch
KfmG	= Kaufmannsgericht
KfmGG	= Kaufmannsgerichtsgesetz vom 6. 7. 1904 (RGBl S 266)
KO	= Konkursordnung vom 10. 2. 1877 (RGBl S 251) idF vom 20. 5. 1898 (RGBl S 369, 612)
KRG	= Kontrollratsgesetz
Kriegswirtschafts-VO	= Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. 9. 1939 (RGBl I S 1609)
krit	= kritisch
KrT	= Tarifordnung für Angestellte in Kranken- usw Anstalten
KSchG	= Kündigungsschutzgesetz vom 10. 8. 1951 (BGBl I S 499)
LAG	= Landesarbeitsgericht
LG	= Landgericht
LM	= Nachschlagewerk des BGH, Lindenmaier-Möhring (Loseblattausgabe)
LohnpfändungsG	= Gesetz zur Änderung von Vorschriften über den Pfändungsschutz für Arbeitseinkommen vom 24. 4. 1952 (BGBl I S 247)
Lohnpfändungs-VO 1919	= Lohnpfändungs-Verordnung vom 15. 6. 1919 (wiederholt geändert)
Lohnpfändungs-VO 1940	= Lohnpfändungs-Verordnung vom 30. 10. 1940 (RGBl I S 1451)
LohnstopaufhG	= Lohnstopaufhebungsgesetz vom 2. 8. 1950 (BGBl S 352)
LS	= Leitsatz
LTV	= Lohntarifvertrag
LuftschutzG	= Luftschutzgesetz
LVA	= Landesversicherungsanstalt
MDR	= Monatsschrift für Deutsches Recht
Mil-Reg	= Militärregierung
MittArbGV	= Mitteilungen des Deutschen Arbeitsgerichtsverbandes eV
MR Bhv	= Magistratsregistratur Bremerhaven (mit Aktenzeichen)
MTV	= Manteltarifvertrag
MuSchG	= Mutterschutzgesetz vom 24. 1. 1952 (BGBl I S 69)

mwN	= mit weiteren Nachweisen
NDBZ	= Neue Deutsche Beamtenzeitung
nF	= neue Fassung
Niedersächs- JugArbSchutzG	= Niedersächsisches Arbeitsschutzgesetz für Jugendliche vom 9. 12. 1948 (GVBl S 179)
Niedersächs- UrlG	= Niedersächsisches Urlaubsgesetz vom 10. 12. 1948 (GVBl S 179)
NJW	= Neue Juristische Wochenschrift
Nr	= Nummer
NZfA	= Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
oa	= oben angegeben
oä	= oder ähnlich
OLG	= Oberlandesgericht
OPD	= Oberpostdirektion
OVG	= Oberverwaltungsgericht
PatG	= Patentgesetz idF vom 9. 5. 1960 (BGBl I S 550)
PersVG	= Personalvertretungsgesetz des Bundes vom 5. 8. 1955 (BGBl I S 477)
PersVertr	= Die Personalvertretung (Zeitschrift)
RABl	= Reichsarbeitsblatt
RAG	= Reichsarbeitsgericht
RdA	= Recht der Arbeit (Zeitschrift)
Rdz	= Randziffer
Rechtsbl GDA	= Rechtsblatt der Gewerkschaft der Angestellten
RegelungsG	= Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 GG fallenden Personen idF vom 11. 9. 1957 (BGBl I S 1297)
RegG	
RG	= Reichsgericht
RGBl	= Reichsgesetzblatt
RGR-Komm z BGB	= Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch von Reichsgerichtsräten
RGR-Komm z HGB	= Kommentar zum Handelsgesetzbuch von Reichsgerichtsräten
RL 1959	= Richtlinien für die Vergütung von Arbeitnehmererfindungen im privaten Dienst vom 20. 7. 1959
RT-Drucks	= Reichstagsdrucksache
RTO	= Reichstarifordnung
RTV	= Rahmentarifvertrag
RTV Bau	= Rahmentarifvertrag für das Baugewerbe
RVA	= Reichsversicherungsamt
RVO	= Reichsversicherungsordnung
S	= Seite

SAE	= Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen, mit Nr
SchlWes	= Das Schlichtungswesen, Monatsschrift für Schlichtung und Arbeitsrecht
SchwBeschG 1923	= Schwerbeschädigtengesetz idF der Bekanntmachung vom 12. 1. 1923 (RGBl I S 57)
SchwBeschG 1953	= Schwerbeschädigtengesetz vom 16. 6. 1953 (BGBl I S 389) idF der Bekanntmachung vom 14. 8. 1961 (BGBl I S 1233)
SeemG	= Seemannsgesetz vom 26. 7. 1957 (BGBl II S 713)
Sgb	= Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
SJZ	= Süddeutsche Juristenzeitung, ab 1951: JZ
sog	= sogenannt
sonst Erl	= sonstige Erledigung, insbesondere durch Klagerücknahme und Klageverzicht
SozPrax	= Blätter für soziale Praxis, ab 1895: Soziale Praxis (Zeitschrift)
SRB	= Senatsregistratur Bremen (mit Aktenzeichen)
StAB	= Staatsarchiv Bremen (mit Signatur)
StGB	= Strafgesetzbuch vom 15. 5. 1871 idF vom 25. 8. 1953 (BGBl I S 1083) (mehrfach geändert)
Streit Urt	= Streitiges Urteil
Tbc	= Tuberculose
techn	= technisch
TO	= Tarifordnung
TOA	= Tarifordnung A für Angestellte im öffentlichen Dienst vom 1. 4. 1938 (RABl VI S 475) idF vom 1. 11. 1943 (RABl IV S 838)
TOB	= Tarifordnung B für Arbeiter im öffentlichen Dienst vom 1. 4. 1938 (RABl VI S 489) idF vom 15. 4. 1942 (RABl IV S 615)
TV	= Tarifvertrag
TVAl	= Tarifvertrag für die bei Dienststellen usw der Alliierten Behörden und der Alliierten Streitkräfte im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten Arbeitnehmer vom 28. 1. 1955
TV Arb	= Tarifvertrag für Arbeiter
TVG	= Tarifvertragsgesetz vom 9. 4. 1949 (WiGBI S 55)
TVO	= Tarifvertragsverordnung vom 23. 12. 1918 (RGBl S 1456)
TZ	= Textziffer
ua	= unter anderem
überwieg	= überwiegend
ungedr	= ungedruckt
UrlaubsG	= Urlaubsgesetz

uU	= unter Umständen
VergGr	= Vergütungsgruppe
VersR	= Versicherungsrecht (Zeitschrift)
VGH	= Verwaltungsgerichtshof (jetzt Oberverwaltungsgericht)
vgl	= vergleiche
VO	= Verordnung
Vorbem	= Vorbemerkung
VorlLandarbO	= Vorläufige Landarbeitsordnung vom 24. 1. 1919 (RGBl S 111)
VVG	= Gesetz über den Versicherungsvertrag vom 30. 5. 1908 (RGBl S 263) (mehrfach geändert)
WA	= Westdeutsche Arbeitsrechtsprechung (Zeitschrift) mit Jahr und Nr
WahlO	= Wohlordnung
wesentl	= wesentlich
WiGBI	= Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes
WO	= Wahlordnung
WuA	= Wirtschaft und Arbeit (Zeitschrift der Arbeiterkammer Bremen)
WWI	= Wirtschafts-wissenschaftliches Institut
WzS	= Wege zur Sozialversicherung (Zeitschrift)
z	= zu, zum, zur
zB	= zum Beispiel
ZBR	= Zeitschrift für Beamtenrecht
ZfV	= Zeitschrift für Versicherungswesen
ZHR	= Zeitschrift für das gesamte Handels-und Konkursrecht
ZPO	= Zivilprozeßordnung vom 30. 1. 1877 (RGBl S 87) idF vom 12. 9. 1950 (BGBl S 533) (mehrfach geändert)
ZSR	= Zeitschrift für Sozialreform
zT	= zum Teil
zustimm	= zustimmend

Erster Teil

Die geschichtliche Entwicklung der bremischen Arbeitsgerichtsbarkeit

Einleitung

1. Das Arbeitsrecht als altes Recht

Die Geschichte des Arbeitsrechts als des „Sonderrechts der — unselbständigen — Arbeitnehmer“¹ ist sehr viel älter, als vielfach angenommen wird. Sie beginnt nicht erst im 19. Jahrhundert², sondern kann bis ins Mittelalter zurückverfolgt werden. Wie die von *Wilhelm Ebel* herausgegebenen „Quellen zur Geschichte des deutschen Arbeitsrechts (bis 1849)“³ beweisen, kann mit dem sog Iglauer Bergrecht von 1300⁴, mit der Urkunde über Streik und Aussperrung der Breslauer Gürtlergesellen vom 4. November 1329⁵ und mit der Lohnvereinbarung mit den Webergesellen zu Speyer vom 31. Oktober 1351⁶ sehr wohl schon von einem Arbeitsrecht gesprochen werden, zumal bereits damals verhältnismäßig große Gruppen von „Arbeitnehmern“ im heutigen Sinne zu verzeichnen waren⁷.

Auch für *Bremen* gibt es wesentlich ältere arbeitsrechtliche Quellen als die von *Ebel* unter Nr. 88 aufgeführte obrigkeitliche Verordnung „in Betreff der Cigarrenfabriken“ (und Cigarrenarbeiter) vom 14. April 1842⁸. Schon das älteste — aufgezeichnete — bremische *Stadtrecht* von 1303/1308 enthielt unter den 126 Artikeln des Abschnitts IV: „Hir

¹ *Hueck-Nipperdey*, 7. Aufl, Bd I S 3—6.

² So aber *Hueck-Nipperdey*, aaO, S 7; dagegen richtig *Schnorr von Carolsfeld*, 2. Aufl, S 39—45; *derselbe* RdA 1966, 274. — Die zu Beginn des Umbruchs veröffentlichten bedeutsamen Abhandlungen von *Mayer-Maly*, Römische Grundlagen des modernen Arbeitsrechts, RdA 1967, 281—286, und namentlich von *Ogris*, Geschichte des Arbeitsrechts vom Mittelalter bis in das 19. Jahrhundert, RdA 1967, 286—297, konnten leider nicht mehr berücksichtigt werden.

³ Göttingen-Berlin-Frankfurt a.M. 1964 = *Ebel* II.

⁴ *Ebel* II Nr 1.

⁵ *Ebel* II Nr 2.

⁶ *Ebel* II Nr 3.

⁷ Vgl die Zahlenangaben bei *Ebel* II, S 10 FN 4.

⁸ Sammlung der Verordnungen und Proclame des Senats der freien Hansestadt Bremen 1842 S 10.

beginnet dhe menen ordele“ (Die gemeinen Urteile) solche arbeitsrechtlichen Inhalts. So betraf das Ordel IV, 45 eine — an § 124 b GewO anklingende — Regelung der Folgen des Arbeitsvertragsbruchs⁹:

„So wor en knecht utte sines herren dheneste geyt er tyden weder sines herren willen, dhe scal sinem herren also vele gheven, also eme sine herre scolde gheven; ghev em oc sin herre orlof er tyden, he scolde eme sin lon albedille gheven.“

(Wenn ein Knecht oder eine Magd wider ihres Herrn Willen vor der Zeit aus seinen Diensten geht, dann sollen sie dem Herrn soviel geben, wie ihnen der Herr hätte geben müssen. Entläßt sie ihr Herr vorzeitig, soll er ihnen den vollen Lohn geben.)

Das Ordel IV, 87 beinhaltet wiederum die auch heute noch aktuelle Regelung über Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle¹⁰:

„Is en man in enes mannes dheneste, unde scut eme wat van unghelucke an sineme live ofte an siner sunt in sines herren dheneste, dhe herre scal is bliven ane scadhen unde ane scult. Mer he scal eme gheven sin vul lon.“

(Steht jemand in den Diensten eines anderen und nimmt er im Dienst Schaden an Leib und Gesundheit, so soll der Herr ohne Schaden und Schuld bleiben, jenem aber seinen vollen Lohn geben.)

Schließlich enthielt das Ordel IV, 85 eine bedeutsame Bestimmung über fristlose Kündigung bei Heirat¹¹:

„So welc kape wif nimt, ofte welc maghet man nimt, dhe mach wol ute sines herren dheneste gan, unde beholt also vele also he uppe tit verdhenet hadde; unde hevet he oc tho vele upghenomen, dhat scal he wetherkeren.“

(Wenn ein Herr oder eine Magd sich verheiratet, so dürfen sie aus ihres Herrn Dienst gehen; sie behalten soviel Lohn, als sie bis zu dieser Zeit verdient haben. Was einer zuviel empfangen hat, soll er aber zurückgeben.)

Es muß Spezialuntersuchungen vorbehalten bleiben, ob diese und andere Bestimmungen damals nur für das Gesinde im engeren Sinne oder auch für die Angehörigen des Handwerks, soweit sie erst später zur Zunftbildung kamen, und für sonstige Arbeitnehmer gegolten haben und

⁹ Eckhardt S 85. Der Stelle entspricht das Statut 79 des bremischen Stadtrechts von 1433. Sie ist, soweit ersichtlich, bremischer Herkunft.

¹⁰ Eckhardt S 98. Die Stelle kehrt im Statut 76 des bremischen Stadtrechts von 1433 wieder; sie ist aus dem hamburgischen Stadtrecht von 1270 Art VIII, 5 entlehnt.

¹¹ Eckhardt, S 97. Der Stelle entspricht das Statut 78 des bremischen Stadtrechts von 1433; sie ist — in Anlehnung an Art II, 33 des Sachsenspiegels — Art VIII, 3 des hamburgischen Stadtrechts von 1270 entlehnt.

ob arbeitsrechtliche Streitsachen aus dem Stadtrecht vor dem ordentlichen Gericht des erzbischöflichen Stadtvogts, später des Rates der Stadt, verhandelt und entschieden worden sind¹². Gegebenenfalls würde neben der Zunftgerichtsbarkeit von einer Art Gesindegerichtsbarkeit gesprochen werden können¹³. Solange die Anfänge des mittelalterlichen Arbeitsrechts Bremens noch so sehr im Dunkel liegen¹⁴, mußte die vorliegende Arbeit jedoch an das in den bremischen Zünften ausgebildete handwerkliche Arbeitsrecht anknüpfen, zumal die ältesten nachweisbaren Spuren einer Arbeitsgerichtsbarkeit ohne Frage in der damit sachlich zusammenhängenden Zunftgerichtsbarkeit zu finden sind. Das gilt auch dann, wenn angenommen werden muß, daß das moderne Arbeitsrecht mit seinen typischen Schutznormen „nicht aus dem Kernbereich des klassischen Handwerks erwachsen“ ist, sondern seine Ausbildung erst der Entstehung zunftfreier Großbetriebe (Fabriken) verdankt¹⁵.

2. Die Arbeitsgerichtsbarkeit als besondere Gerichtsbarkeit

Die als Vorläufer der Arbeitsgerichtsbarkeit geltende Eigengerichtsbarkeit der mittelalterlichen Zünfte trug, auch wenn sie rechtsstaatlichen Anforderungen an die Rechtspflege noch nicht entsprach, insofern gewisse Züge einer besonderen Gerichtsbarkeit in Arbeitssachen, als hier Streitigkeiten aus dem Lebensbereich der Arbeit in einem berufsnahen, schleunigen Verfahren von Berufsgenossen geschlichtet und entschieden wurden¹⁶. Selbst die Gesellenverbände haben seit Beginn des 15. Jahrhunderts zeitweise nicht nur in Streitigkeiten zwischen Gesellen untereinander, sondern zT auch in Streitfällen zwischen Meistern und Gesellen eine gewisse Gerichtsbarkeit für sich in Anspruch genommen¹⁷, wenn auch für

¹² Darauf könnte ua die Bestimmung des Ordels IV, 84 über Lohn- und Mietgeldklagen (*Eckhardt*, S 97) hindeuten, wonach ein auf Lohn verklagter Dienstherr mit seinem Eide die Bezahlung beweisen (mit seinem „rechte dhar vore stan“) muß. Das würde allerdings voraussetzen, daß ein solcher Parteieid nur vor dem ordentlichen Gericht abgenommen werden konnte.

¹³ *Ebel I*, S 56—58 berichtet auch über das Schiffsgericht der älteren Seerrechte („Gerichtsbarkeit der Schiffsgemeinde“), das jedoch seit dem 14. Jahrhundert in allen Rechten verschwunden ist. Im Bremen bestand außer den Zunftgerichten der Morgensprachen als kleineres Sondergericht ua noch das Seegericht, das als reines, zu vereinbarendes Schiedsgericht nur untergeordnete Bedeutung hatte (*Hiemisch*, S 45; *Deneken*, Kurze Übersicht der bremischen Gerichtsverfassung, in: *Hanseatisches Magazin*, 4. Bd, Bremen 1800, S 299—300). Das Seegericht war als einziges bremisches Gericht nicht nur mit (zwei) Mitgliedern des Rates der Stadt, sondern auch mit zwei Vertretern der Bürgerschaft und mit zwei Mitgliedern der Schiffergilde besetzt.

¹⁴ Es liegt noch nicht einmal eine geschlossene Geschichte des deutschen Arbeitsrechts vor.

¹⁵ So *Ebel II*, S 13—14; ähnlich *Hueck-Nipperdey*, 7. Aufl, Bd I S 7.

¹⁶ *Bahlcke*, S 1—2; *Hueck-Nipperdey*, 1./2. Aufl, Bd II S 601; *Joachim*, S 8.

¹⁷ *Bahlcke*, S 6; *Hueck-Nipperdey*, aaO.